Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0030/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung	26.01.2021	Entscheidung
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	16.02.2021	Entscheidung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	09.03.2021	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Entsendung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates in Ausschüsse

Beschlussvorschlag:

Der Inklusionsbeirat entsendet beratende Mitglieder in die Ausschüsse gem. Zuständigkeitsordnung

Sachdarstellung / Begründung:

Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung NW entscheidet der Rat der Stadt Bergisch über die Besetzung der städt. Ausschüsse durch Mitglieder des Inklusionsbeirates.

Zu bestimmen sind jeweils ein beratendes und ein stellvertretendes beratendes Mitglied für folgende Ausschüsse gemäß Zuständigkeitsordnung in der aktuellen Fassung:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Mann und Frau

Jugendhilfeausschuss

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Planungsausschuss

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung

Ausschuss für strategische Stadtentwicklung und Mobilität

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat in seiner Sitzung vom 10.11.2020 die **Einrichtung von zwei neuen Ausschüssen** (Schule und Gebäudewirtschaft und Stadthausneubau) beschlossen.

Nach der Zuständigkeitsordnung der Stadt entscheidet der Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft (§ 12 Abs. 3)

1. über Angelegenheiten der schulischen Infrastruktur und der schulischen Digitalisierung,
2. unter Berücksichtigung der in § 5 festgelegten Wertgrenzen über sämtliche Hochbau-, Tiefbau- und Landschaftsmaßnahmen einschließlich der zugehörigen Lieferungs- und Dienstleistungsaufträge des Kernhaushaltes und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen ausschließlich betreffend die Schulen.

berät der Ausschuss für den Stadthausneubau (§ 13) alle Angelegenheiten des Stadthausneubaus, insbesondere

- Raumprogramm,
- Projektsteuerung,
- Projektcontrolling,
- Auswirkungen der Digitalisierung auf den Stadthausneubau,
- Gebäudetechnik,
- usw.

Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 – BauO NRW) vom 21.07.2018 hat in § 49 „Barrierefreies Bauen“, Abs. 2, Satz 1, geregelt: Bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, müssen im erforderlichen Umfang barrierefrei sein.

Im § 72 Abs. 7 heißt es weiter:

Bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung einer im Eigentum der öffentlichen Hand stehenden Anlage nach § 49 Abs. 2 ist von Seiten der zuständigen Bauaufsichtsbehörde der oder dem zuständigen Behindertenbeauftragten oder der örtlichen Interessenvertretung der Menschen mit Behinderung Gelegenheit zur Stellungnahme zu

Aspekten der Barrierefreiheit zu geben.

In beiden neu gebildeten Ausschüssen sind somit ebenso die Belange der Menschen mit Behinderung zu vertreten und erfordern deshalb die Besetzung durch Mitglieder des Inklusionsbeirates. Auch hier ist jeweils ein beratendes und ein stellvertretendes beratendes Mitglied zu bestimmen.